

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhalt	IX
Einleitung und Themenstellung	1
A. Einleitung	1
B. Der Gang der Darstellung	4
Teil 1 Die Grundlagen	7
A. Der geschichtliche Hintergrund von § 93 Abs. 4 S. 3 AktG	7
B. Der methodische Transfer	7
C. Die D&O-Versicherung	9
Teil 2 Der Abschluss von Vergleichsvereinbarungen	17
A. Die Interessenlagen der Vergleichsparteien	17
B. Die Vergleichsgegenstände und -inhalte	23
C. Die Vergleichsparteien und die Abschlusskompetenz innerhalb einer Aktiengesellschaft	60
Teil 3 Der Zustimmungsbeschluss der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft	83
A. Der Zweck des Zustimmungsvorbehalts	83
B. Der formelle Beschluss der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft	84
C. Der Anwendungsbereich von § 93 Abs. 4 S. 3 AktG bei Vergleichsabschlüssen	84
D. Der Entscheidungsspielraum der Aktionäre	95
E. Die Zustimmungsverweigerung	96
F. Die Informationen der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft	97
G. Die Kontrolle des Zustimmungsbeschlusses	118
Teil 4 Die weiteren Vergleichsvoraussetzungen von § 93 Abs. 4 S. 3 AktG ...	125
A. Die Sperrfrist	125
B. Der fehlende Widerspruch einer Aktionärsminderheit	137
Teil 5 Die Sorgfaltspflichten und die Haftung der Mitglieder des vergleichsschließenden Organs einer Aktiengesellschaft	139
A. Der Haftungsvergleich	139
B. Der Deckungsvergleich	167
C. Der kombinierte Vergleich	175
Teil 6 Die Mitwirkung der D&O-Versicherer	177
A. Der Abschluss eines Haftungsvergleichs	177

B. Der Abschluss eines Deckungsvergleichs	197
C. Der Abschluss eines kombinierten Vergleichs	206
D. Die Mitwirkungspflichten der D&O-Versicherer	207
Teil 7 Die zivilrechtlichen Wirkungen von Vergleichen	221
A. Der Haftungsvergleich	221
B. Der Deckungsvergleich	232
C. Der kombinierte Vergleich	233
Teil 8 Die ausgewählten prozessualen Fragen	235
A. Die Streitverkündung trotz Abschlusses eines Haftungs- oder kombinierten Vergleichs	235
B. Das Schiedsverfahren	235
C. Die Auswirkungen eines Haftungs- oder kombinierten Vergleichs auf ein Klagezulassungsverfahren	243
Teil 9 Die Zusammenfassung der Ergebnisse	245
A. Der Abschluss von Vergleichsvereinbarungen	245
B. Der Zustimmungsbeschluss der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft	247
C. Die weiteren Vergleichsvoraussetzungen von § 93 Abs. 4 S. 3 AktG	249
D. Die Sorgfaltspflichten und die Haftung der Mitglieder des vergleichsschließenden Organs einer Aktiengesellschaft	250
E. Die Mitwirkung der D&O-Versicherer	252
F. Die zivilrechtlichen Wirkungen von Vergleichen	254
G. Die ausgewählten prozessualen Fragen	255
Abkürzungen	257
Literatur	261
Sachregister	297

Inhalt

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Einleitung und Themenstellung	1
<i>A. Einleitung</i>	1
<i>B. Der Gang der Darstellung</i>	4
Teil 1 Die Grundlagen	7
<i>A. Der geschichtliche Hintergrund von § 93 Abs. 4 S. 3 AktG</i>	7
<i>B. Der methodische Transfer</i>	7
<i>C. Die D&O-Versicherung</i>	9
I. Die Rechtsnatur der D&O-Versicherung	9
II. Der Deckungsschutz durch mehrere Versicherungsunternehmen	10
1. Die primäre Risikoteilung durch Mit- und durch Exzedentenversicherer ..	10
2. Die Führungsklauseln	13
Teil 2 Der Abschluss von Vergleichsvereinbarungen	17
<i>A. Die Interessenlagen der Vergleichsparteien</i>	17
I. Einführung	17
II. Die Interessen eines in Anspruch genommenen Vorstandsmitglieds	17
III. Die Interessen einer Aktiengesellschaft	18
IV. Die Interessen der D&O-Versicherer	21
1. Die Interessen der Grundversicherer	21
2. Die Interessen der Exzedentenversicherer	22
<i>B. Die Vergleichsgegenstände und -inhalte</i>	23
I. Der Haftungsvergleich	23
1. Die Erledigung streitiger Ansprüche	23
2. Die Vergleichssumme	24
a) Einführung	24
b) Der entstandene Schaden	25
c) Die starre Vergleichssumme von 75 bis 90 Prozent des Vermögens eines Vorstandsmitglieds	25
d) Die fiktive Insolvenzquote	26
aa) Die fiktive Insolvenzquote als Ober- oder Untergrenze	26
bb) Das gegenwärtig vorhandene Vermögen eines Vorstandsmitglieds ..	27
cc) Die Neuerwerbe eines Vorstandsmitglieds	28
(1) Die regelmäßigen Einkünfte	28

i)	Der pauschale Aufschlag von 15 Prozent auf das gegenwärtige Vermögen eines Vorstandsmitglieds	28
ii)	Die Einkünfte in einem fiktiven Insolvenzverfahren	28
(2)	Die unsicheren Vermögenszuwächse	30
i)	Die Begrenzung der Erledigungswirkung eines Vergleichs	30
ii)	Die Anpassung der Vergleichssumme nach § 313 Abs. 1 BGB	30
dd)	Die Pensionsansprüche eines Vorstandsmitglieds	32
(1)	Die Relevanz der Pensionsansprüche eines Vorstandsmitglieds bei der Festlegung einer Vergleichssumme	32
(2)	Die bereits ausgezahlten Pensionen eines Vorstandsmitglieds	32
(3)	Die noch nicht ausgezahlten Pensionen eines Vorstandsmitglieds	32
ee)	Die Umgehung durch vermögensmindernde Verfügungen eines Vorstandsmitglieds	34
ff)	Der Einwand der Ungleichbehandlung	35
gg)	Die Forderungen anderer Gläubiger eines Vorstandsmitglieds	35
e)	Die sonstigen Faktoren, die sich auf die Höhe einer Vergleichssumme auswirken können	36
aa)	Das gegenseitige Nachgeben bei den Vergleichsverhandlungen	36
bb)	Die Prämienersparnis einer Aktiengesellschaft bei Abschluss einer D&O-Versicherung	36
cc)	Die Interessen einer Aktiengesellschaft und eines Vorstandsmitglieds am Abschluss eines Haftungsvergleichs	37
dd)	Die Risiken eines Haftungsprozesses	38
ee)	Die Rolle eines in Anspruch genommenen Vorstandsmitglieds	39
ff)	Der angemessene Lebensstandard und die bisherigen Verdienste eines Vorstandsmitglieds	40
gg)	Das Bestreiten der Vorwürfe durch ein Vorstandsmitglied	41
f)	Die Besonderheiten bei der Deckung durch eine D&O-Versicherung	41
aa)	Der Selbstbehalt gemäß § 93 Abs. 2 S. 3 AktG	41
(1)	Die generelle Anwendung von § 93 Abs. 2 S. 3 AktG auf Haftungsvergleiche	41
(2)	Die Anwendung von § 93 Abs. 2 S. 3 AktG bei Anerkennung einer Pflichtverletzung durch ein Vorstandsmitglied	42
(3)	Die Unanwendbarkeit von § 93 Abs. 2 S. 3 AktG auf Haftungsvergleiche	43
(4)	Stellungnahme	44
bb)	Die Berücksichtigung der Deckungssumme einer D&O-Versicherung bei der Festlegung einer Vergleichssumme	46
(1)	Die D&O-Firmenpolice und die D&O-Individualversicherung	46
(2)	Die D&O-Selbstbehaltsversicherung	49
3.	Die Freistellungszusage einer Aktiengesellschaft zugunsten eines vergleichsschließenden Vorstandsmitglieds	50
a)	Die Zulässigkeit einer Freistellungszusage	50
b)	Die Unzulässigkeit einer Freistellungszusage	50
c)	Stellungnahme	51

II.	Der Deckungsvergleich	53
1.	Die Erledigung streitiger Ansprüche	53
2.	Die Vergleichssumme	53
a)	Die vertraglich vereinbarte Deckungssumme	53
b)	Die Gründe für ein gegenseitiges Nachgeben der Vergleichsparteien	54
c)	Die anteilmäßige Übernahme der Vergleichssumme durch mehrere D&O-Versicherer	55
3.	Die Erschöpfungsabrede und die Freistellungszusage zugunsten eines D&O-Versicherers	55
4.	Die Rückstellung eines D&O-Versicherers	57
III.	Der kombinierte Vergleich	57
1.	Die Beilegung sämtlicher Streitigkeiten	57
2.	Der Bedingungszusammenhang von Haftungs- und Deckungsvergleich	58
3.	Das Verhältnis von Eigen- und Regulierungsbeitrag	58
4.	Die Freistellungszusage einer Aktiengesellschaft zugunsten eines vergleichsschließenden Vorstandsmitglieds	59
C.	<i>Die Vergleichsparteien und die Abschlusskompetenz innerhalb einer Aktiengesellschaft</i>	60
I.	Der Haftungsvergleich	60
II.	Der Deckungsvergleich	61
1.	Die Vergleichsparteien	61
a)	Das Problem	61
b)	Der Vergleichsabschluss durch eine Aktiengesellschaft	61
aa)	Die Befugnis einer Aktiengesellschaft zum Abschluss eines Deckungsvergleichs	61
(1)	Die Verfügungsbefugnis nach §§ 44 Abs. 2, 45 Abs. 1 VVG	61
(2)	Die Verfügungsbefugnis nach der Abtretung eines Deckungsanspruchs	62
(3)	Die Verfügungsbefugnis über den Anspruch aus einer Side-B-Deckung	63
(4)	Der Deckungsvergleich zugunsten eines Vorstandsmitglieds	64
bb)	Die Auswirkungen des Abschlusses eines Deckungsvergleichs durch eine Aktiengesellschaft auf ihren Haftpflichtanspruch	64
c)	Der gemeinsame Vergleichsabschluss durch ein Vorstandsmitglied und eine Aktiengesellschaft	66
aa)	Die Mitwirkung eines Vorstandsmitglieds wegen der Abbedingung von §§ 44 Abs. 2, 45 Abs. 1 VVG durch einen D&O-Versicherungsvertrag	66
bb)	Die zusätzliche Mitwirkung einer Aktiengesellschaft	67
(1)	Das Problem	67
(2)	Die Befugnis, Rechtshandlungen vorzunehmen, die einen D&O-Versicherungsvertrag als solchen betreffen	67
(3)	Die sogenannte Bilanzschutzfunktion einer D&O-Versicherung	69
(4)	Die relative Unwirksamkeit von Verfügungen über einen Freistellungsanspruch gemäß § 108 Abs. 1 S. 1 VVG	70
cc)	Ergebnis	72
d)	Die Folgen für die Abrede einer Versicherungssummenerschöpfung	72

aa) Der Vergleichsabschluss durch ein Vorstandsmitglied	72
bb) Der Vergleichsabschluss durch eine Aktiengesellschaft	73
cc) Ergebnis	74
2. Die Vertretung einer Aktiengesellschaft bei dem Abschluss eines Deckungsvergleichs	74
a) Die Zuständigkeit des Vorstands einer Aktiengesellschaft gemäß § 78 Abs. 1 S. 1 AktG	74
b) Stellungnahme	75
aa) Die Zuständigkeit des Aufsichtsrats einer Aktiengesellschaft gemäß § 112 S. 1 AktG	75
bb) Die Zuständigkeit des Aufsichtsrats einer Aktiengesellschaft gemäß § 112 S. 1 AktG analog	75
(1) Der Sinn und Zweck von § 112 S. 1 AktG	75
(2) Die Vertretung einer Aktiengesellschaft bei Prozessfinan- zierungsverträgen	76
(3) Die Vertretung einer Aktiengesellschaft bei Verträgen zugunsten Dritter	76
(4) Die Vertretung einer Aktiengesellschaft bei der Geltend- machung eines Deckungsanspruchs nach dessen Abtretung an sie	77
(5) Die Vertretung einer Aktiengesellschaft bei der Vornahme von Handlungen, die den Gesamtvertrag betreffen	78
(6) Ergebnis	79
III. Der kombinierte Vergleich	79
1. Die Vergleichsparteien	79
2. Die Vertretung einer Aktiengesellschaft bei dem Abschluss eines kombinierten Vergleichs	80
Teil 3 Der Zustimmungsbeschluss der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft	83
A. Der Zweck des Zustimmungsvorbehalts	83
B. Der formelle Beschluss der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft	84
C. Der Anwendungsbereich von § 93 Abs. 4 S. 3 AktG bei Vergleichs- abschlüssen	84
I. Der Haftungsvergleich	84
II. Der Deckungsvergleich	85
1. Die Zustimmung der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft nach § 93 Abs. 4 S. 3 AktG	85
2. Die Zustimmung der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft nach § 119 Abs. 2 AktG	87
III. Der kombinierte Vergleich	87
IV. Die konzernrechtlichen Besonderheiten	88
1. Die Zustimmung der Hauptversammlung einer herrschenden Aktien- gesellschaft nach § 93 Abs. 4 S. 3 AktG	88
2. Die Zustimmung der Hauptversammlung einer herrschenden Aktien- gesellschaft wegen einer ungeschriebenen Kompetenz	90

V.	Die umwandlungsrechtlichen Besonderheiten	91
1.	Die Verschmelzung zweier Aktiengesellschaften	91
a)	Die Gesamtrechtsnachfolge durch Verschmelzung	91
b)	Die Anwendung von § 93 Abs. 4 S. 3 AktG	91
c)	Die Unanwendbarkeit von § 93 Abs. 4 S. 3 AktG	92
d)	Die analoge Anwendung von § 93 Abs. 4 S. 3 AktG	92
e)	Stellungnahme	93
2.	Der Formwechsel in und die Verschmelzung auf eine GmbH	94
D.	<i>Der Entscheidungsspielraum der Aktionäre</i>	95
I.	Die Anwendung der ARAG/Garmenbeck-Grundsätze	95
II.	Die Einschränkung des Stimmrechts aufgrund des Gläubigerschutzes	96
E.	<i>Die Zustimmungsverweigerung</i>	96
F.	<i>Die Informationen der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft</i>	97
I.	Die Vorabinformationspflicht nach § 124 Abs. 2 S. 3 AktG	97
1.	Der Vergleich als zustimmungsbedürftiger Vertrag	97
2.	Der Adressat der Vorabinformationspflicht	98
a)	Der Haftungsvergleich	98
aa)	Die Zuständigkeit von Vorstand und/oder Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft	98
bb)	Stellungnahme	99
(1)	Die Systematik des Aktiengesetzes	99
(2)	Die Einberufungskompetenz des Vorstands einer Aktien- gesellschaft	100
(3)	Die Annexkompetenz des Aufsichtsrats einer Aktien- gesellschaft	101
cc)	Ergebnis	102
b)	Der Deckungsvergleich	102
c)	Der kombinierte Vergleich	103
3.	Der Umfang der Informationspflicht	104
a)	Der wesentliche Vertragsinhalt	104
aa)	Der Haftungsvergleich	104
(1)	Die Grundlagen	104
(2)	Die Intentionen des Aufsichtsrats einer Aktiengesellschaft	105
(3)	Der Organhaftungsanspruch	105
(4)	Das Privatvermögen eines Vorstandsmitglieds und die vereinbarte Vergleichssumme	106
(5)	Der wesentliche Inhalt eines Deckungsvergleich als bekanntmachungspflichtiger Inhalt	107
i)	Die Bekanntmachung weiterer Verträge	107
ii)	Der wesentliche Inhalt eines Deckungsvergleichs	108
bb)	Der Deckungsvergleich	109
cc)	Der kombinierte Vergleich	109
b)	Der gesonderte schriftliche Bericht	109
c)	Die Bekanntmachung des Wortlauts eines Vergleichs	110
II.	Der Auskunftsanspruch der Aktionäre nach § 131 Abs. 1 S. 1 AktG	111
1.	Die Zuständigkeit des Vorstands einer Aktiengesellschaft	111
2.	Die Angelegenheiten einer Aktiengesellschaft	112

3. Die Erforderlichkeit zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstands der Tagesordnung	112
a) Die Berücksichtigung entlastungsrelevanter Auskünfte	112
b) Die Erforderlichkeit zur sachgemäßen Beurteilung einer Vergleichsvereinbarung	114
aa) Der Organhaftungsanspruch	114
bb) Das Vermögen eines Vorstandsmitglieds	115
cc) Die Deckung durch eine D&O-Versicherung	116
dd) Das Verhältnis zu den nach § 124 Abs. 2 S. 3 AktG bekanntgemachten Umständen	116
4. Das Auskunftsverweigerungsrecht des Vorstands einer Aktiengesellschaft	117
G. Die Kontrolle des Zustimmungsbeschlusses	118
I. Die materielle Beschlusskontrolle	118
II. Der Stimmrechtsmissbrauch und die Treuwidrigkeit	119
III. Die verdeckte Einlagenrückgewähr gemäß § 57 Abs. 1 AktG	120
IV. Der Stimmrechtsausschluss betroffener Vorstandsmitglieder nach § 136 Abs. 1 AktG	121
1. Das Vorstandsmitglied als Anspruchsgegner	121
2. Das Vorstandsmitglied als Gesamtschuldner	122
a) Der Vergleich mit Wirkung zugunsten aller Vorstandsmitglieder	122
b) Die Einzelabstimmung über Vergleiche	122
c) Der Vergleich mit einzelnen Vorstandsmitgliedern	123
V. Die Anfechtung wegen Informationsmängeln	124
VI. Die Anfechtung wegen der Vereinbarung einer zu geringen Vergleichssumme	124
Teil 4 Die weiteren Vergleichsvoraussetzungen von § 93 Abs. 4 S. 3 AktG	125
A. Die Sperrfrist	125
I. Der Normzweck	125
II. Die Berechnung der Sperrfrist	126
1. Der Fristbeginn	126
2. Der Zeitablauf	127
3. Die Hemmung des Fristablaufs nach § 203 BGB	127
III. Der Vergleichsabschluss nach Ablauf der Dreijahresfrist	128
1. Der bedingte Abschluss eines Vergleichs	128
2. Der Hauptversammlungsbeschluss und der Vergleichsabschluss nach Fristablauf	129
3. Die Rechtsfolge eines Verstoßes gegen die Sperrfrist	131
IV. Die geschriebenen und ungeschriebenen Ausnahmen von der Sperrfrist	131
1. Die Insolvenz einer Aktiengesellschaft	131
2. Die Ausnahme nach § 93 Abs. 4 S. 4 AktG	132
3. Das überwiegende Interesse einer Aktiengesellschaft	132
4. Der einstimmige Beschluss der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft	133
V. Die Umgehung der Sperrfrist durch die Abtretung eines Organhaftungsanspruchs	134
B. Der fehlende Widerspruch einer Aktionärsminderheit	137

Teil 5 Die Sorgfaltspflichten und die Haftung der Mitglieder des vergleichsschließenden Organs einer Aktiengesellschaft	139
<i>A. Der Haftungsvergleich</i>	139
<i>I. Die Entscheidungen für den Abschluss eines Haftungsvergleichs und die Höhe einer Vergleichssumme</i>	139
1. Der Sorgfaltsmaßstab	139
a) Die ARAG/Garmenbeck-Grundsätze	139
b) Der weite Ermessensspielraum	141
c) Der allgemeine Sorgfaltsmaßstab und die Business Judgement Rule	142
2. Die Differenzierung zwischen der Abschlussentscheidung und der Bestimmung einer Vergleichssumme	144
3. Die Abwägungsentscheidung	145
a) Der nicht sicher vorhersehbare Schaden	145
b) Das Unternehmenswohl einer Aktiengesellschaft	145
c) Die Berücksichtigungspflicht bestimmter Abwägungsfaktoren	147
d) Der Eigenbeitrag eines Vorstandsmitglieds	148
4. Die Informationsbeschaffung durch den Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft	149
a) Die Pflichtverletzung, der Schaden, das Verschulden und die Kausalität	149
b) Das Vermögen eines in Anspruch genommenen Vorstandsmitglieds	150
aa) Die Schaffung einer Informationsgrundlage bei Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse	150
bb) Die Auswirkungen der Kooperations- und Berichtspflicht nach § 90 AktG	150
cc) Die Versicherung an Eides statt	151
dd) Die Mitteilungspflicht eines Vorstandsmitglieds gegenüber einer Aktiengesellschaft	152
(1) Die Verfolgungspflicht des Aufsichtsrats einer Aktiengesellschaft als Grundlage einer Mitteilungsobliegenheit	152
(2) Die organschaftliche Treupflicht eines Vorstandsmitglieds als Grundlage einer Mitteilungspflicht	152
(3) Das versicherungsrechtliche Treuhandverhältnis als Grundlage einer Mitteilungspflicht	153
(4) Das treuwidrige Verhalten eines Vorstandsmitglieds nach § 242 BGB als Grundlage einer Mitteilungspflicht	154
ee) Die Schätzung der Vermögensverhältnisse eines Vorstandsmitglieds	154
5. Die Berücksichtigung sachfremder Erwägungen	155
<i>II. Die Maßnahmen bei einer gescheiterten Zustimmung der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft</i>	157
1. Die erneute Inanspruchnahme eines Vorstandsmitglieds	157
2. Die Vereinbarung einer Verjährungsverlängerung	157
a) Das Problem	157
b) Die Verjährungsverlängerung als rechtlich zulässige Maßnahme	158
c) Die Pflicht des Aufsichtsrats einer Aktiengesellschaft, auf eine Verjährungsverlängerung hinzuwirken	158

III.	Die Maßnahmen wegen möglicher Nichtigkeits- und Anfechtungsklagen gegen einen zustimmenden Hauptversammlungsbeschluss	160
IV.	Das Zurückbehalten von Pensionszahlungen an die Vorstandsmitglieder	161
1.	Das Bestehen eines Zurückbehaltsrechts nach § 273 Abs. 1 BGB	161
2.	Die Verpflichtung des Aufsichtsrats einer Aktiengesellschaft, ein Zurückbehaltsrecht geltend zu machen	163
V.	Die Enthftung durch einen Hauptversammlungsbeschluss gemäß § 93 Abs. 4 S. 1 AktG	164
1.	Die Anwendbarkeit bei Maßnahmen des Aufsichtsrats	164
2.	Die Enthftung durch einen nachträglichen Zustimmungsbeschluss	166
B.	<i>Der Deckungsvergleich</i>	167
I.	Die Entscheidungen für den Abschluss eines Deckungsvergleichs und die Höhe einer Vergleichssumme	167
1.	Der Sorgfaltsmaßstab	167
2.	Die Abwägungsentscheidung	168
a)	Das Unternehmenswohl einer Aktiengesellschaft	168
b)	Die Berücksichtigung eines Schadenersatzanspruchs eines versicherten Vorstandsmitglieds gegen eine Aktiengesellschaft	169
c)	Die Informationsgrundlage der Entscheidung	170
II.	Die Vereinbarung einer Verjährungsverlängerung	171
III.	Die Freistellungszusage zugunsten eines D&O-Versicherers	173
IV.	Die Untätigkeit eines D&O-Versicherers bei Verhandlungen über einen Deckungsvergleich und seine Ablehnung eines Vertragsabschlusses	174
V.	Die Enthftung durch einen Hauptversammlungsbeschluss gemäß § 93 Abs. 4 S. 1 AktG	175
C.	<i>Der kombinierte Vergleich</i>	175
Teil 6	Die Mitwirkung der D&O-Versicherer	177
A.	<i>Der Abschluss eines Haftungsvergleichs</i>	177
I.	Die Mitwirkung der Grundversicherer	177
1.	Der Grundsatz	177
2.	Die Vertretung eines Vorstandsmitglieds bei Vergleichsverhandlungen und -abschlüssen aufgrund einer Regulierungsvollmacht	177
a)	Das Problem	177
b)	Das Handeln im fremden Namen	178
c)	Die Vertretungsmacht eines D&O-Versicherers	178
aa)	Die Bevollmächtigung in einem D&O-Versicherungsvertrag	178
bb)	Das Genehmigungserfordernis	179
(1)	Die Genehmigung eines versicherten Vorstandsmitglieds ist nicht erforderlich	179
(2)	Die Genehmigung eines versicherten Vorstandsmitglieds ist erforderlich	179
d)	Die Rechtsfolgen der Vertretung durch einen D&O-Versicherer	181
aa)	Die Genehmigungserteilung durch ein Vorstandsmitglied	181
(1)	Der Bezugspunkt der Genehmigung	181
(2)	Die konkludente Genehmigung oder Bevollmächtigung	182

(3) Die Bindungswirkung eines Haftungsvergleichs gegenüber einem Vorstandsmitglied	183
bb) Die Verweigerung der Genehmigungserteilung durch ein Vorstandsmitglied	183
(1) Die Genehmigung der Vertretung als Bedingung eines Deckungsanspruchs	183
(2) Die Obliegenheit eines Vorstandsmitglieds zur Genehmigungserteilung	184
(3) Die fehlende Bindungswirkung eines Haftungsvergleichs gegenüber einem Vorstandsmitglied	185
(4) Die Ansprüche einer Aktiengesellschaft bei einem gescheiterten Vergleichsabschluss	185
i) Der Schadenersatz- oder Erfüllungsanspruch einer Aktiengesellschaft gegen einen D&O-Versicherer gemäß § 179 Abs. 1 BGB	185
ii) Der Organhaftungsanspruch nach § 93 Abs. 2 S. 1 AktG ..	186
e) Die Empfehlung für die Praxis	186
3. Das Zustimmungserfordernis wegen § 86 Abs. 2 VVG	187
4. Der vertraglich vereinbarte Zustimmungsvorbehalt zugunsten eines D&O-Versicherers	188
5. Die interne Abstimmung	189
6. Der Haftungsvergleich zugunsten eines Vorstandsmitglieds	190
7. Die Besonderheiten bei Mitversicherern und Führungsklauseln	190
a) Die Regulierungsvollmacht	190
b) Die Zustimmung der D&O-Versicherer	191
c) Der Haftungsvergleich zugunsten eines Vorstandsmitglieds	191
II. Die Mitwirkung der Exzedentenversicherer	192
1. Die gleichlaufenden Interessen der Grund- und Exzedentenversicherer ...	192
2. Der Zustimmungsvorbehalt zugunsten der Exzedentenversicherer	192
3. Die Einflussnahme der Exzedentenversicherer auf die Anspruchsabwehr bei widersprüchlichen Interessen	193
a) Der Grundsatz	193
b) Die widersprüchlichen Interessen	193
aa) Die unzureichende Anspruchsabwehr durch einen Grundversicherer	193
bb) Die Zustimmung eines Grundversicherers zu einem Haftungsvergleich	193
cc) Der Abschlusszeitpunkt eines Haftungsvergleichs	194
c) Die Möglichkeiten der Exzedentenversicherer, auf die Anspruchsabwehr einzuwirken	194
aa) Die Mitherrschaft unabhängig von einer vertraglichen Grundlage .	194
bb) Die Mitherrschaft bei einer vertraglichen Grundlage	194
(1) Der D&O-Versicherungsvertrag	194
(2) Das Rechtsverhältnis zwischen Grund- und Exzedentenversicherern	195
4. Die Besonderheiten bei Mitversicherern und Führungsklauseln	197
B. Der Abschluss eines Deckungsvergleichs	197
I. Die Mitwirkung der Grundversicherer	197

II.	Die Mitwirkung der Exzedentenversicherer	198
1.	Das Mitwirkungserfordernis	198
a)	Der Mitwirkungsvorbehalt zugunsten der Exzedentenversicherer	198
b)	Die Beteiligung der Exzedentenversicherer an Deckungsvergleichen bei Erschöpfung der Versicherungssummen vorangehender Layer	198
c)	Stellungnahme	199
aa)	Der Deckungsanspruch aus einem Deckungsvergleich	199
bb)	Der Deckungsanspruch aus einem Versicherungsvertrag	199
cc)	Die Auswirkungen einer Versicherungssummenerschöpfung	201
dd)	Ergebnis	202
2.	Die Zustimmungsverweigerung der Exzedentenversicherer	202
III.	Die Mitwirkung der Selbstbehaltsversicherer	202
IV.	Die Besonderheiten bei Mitversicherern und Führungsklauseln	203
1.	Das Verhältnis der Grundversicherer	203
a)	Die Weisungen einzelner Mitversicherer	203
b)	Die Bindung der Mitversicherer an einen Deckungsvergleich, den ein führender Versicherer abgeschlossen hat	205
2.	Das Verhältnis der Exzedentenversicherer	205
a)	Die Mitwirkung des führenden Versicherers eines Layers	205
b)	Die Mitwirkungsverweigerung eines Exzedentenversicherers	205
C.	<i>Der Abschluss eines kombinierten Vergleichs</i>	206
D.	<i>Die Mitwirkungspflichten der D&O-Versicherer</i>	207
I.	Das Problem	207
II.	Der Deckungs- und der kombinierte Vergleich	208
1.	Die Abschlusspflicht der D&O-Versicherer	208
2.	Die Untätigkeit der D&O-Versicherer	209
III.	Der Haftungsvergleich	209
1.	Der zustimmungsbedürftige Haftungsvergleich	209
2.	Das Rechtsverhältnis zwischen einem D&O-Versicherer und einem versicherten Vorstandsmitglied als Rechtsgrundlage	210
3.	Der Inhalt einer Nebenpflicht	210
a)	Die Berücksichtigung von Treu und Glauben	210
b)	Die Wertung von § 154 Abs. 2 VVG a.F.	211
c)	Das Verbot der unzulässigen Rechtsausübung nach § 242 BGB	212
IV.	Die Zustimmung der D&O-Versicherer zu einer Verjährungsverlängerung	213
1.	Der Entfall einer Obliegenheitsverletzung bei einer Zustimmung der D&O-Versicherer	213
2.	Die Verletzung der Rettungsobliegenheit nach § 82 VVG	214
a)	Die Obliegenheitsverletzung unterhalb der Schwelle kollusiven Verhaltens	214
b)	Die Unzumutbarkeit, keine Verjährungsverlängerung zu vereinbaren	214
c)	Die sachgerechte Verjährungsverlängerung	215
d)	Der Kausalitätsgegenbeweis	216
3.	Die Untätigkeit der D&O-Versicherer	216
a)	Das Problem	216
b)	Die Untätigkeit eines Haftpflichtversicherers	217

c) Die Berufung auf eine Obliegenheitsverletzung als widersprüchliches Verhalten i.S.d. § 242 BGB	219
4. Die Zustimmungspflicht der D&O-Versicherer	219
Teil 7 Die zivilrechtlichen Wirkungen von Vergleichen	221
A. <i>Der Haftungsvergleich</i>	221
I. Die Wirkung gegenüber gesamtschuldnerisch haftenden Organmitgliedern ..	221
1. Die Einzel-, Gesamt- und beschränkte Gesamtwirkung von Haftungsvergleichen	221
2. Die aktienrechtliche Zulässigkeit der (beschränkten) Gesamtwirkung eines Haftungsvergleichs	223
3. Die versicherungsrechtlichen Folgen der (beschränkten) Gesamtwirkung eines Haftungsvergleichs	225
II. Die Wirkung gegenüber den D&O-Versicherern	227
1. Der Vergleich ohne vereinbarten Zustimmungsvorbehalt	227
2. Der Vergleich bei einem wirksamen Zustimmungsvorbehalt	229
III. Die Wirkung gegenüber den D&O-Selbstbehaltsversicherern	230
B. <i>Der Deckungsvergleich</i>	232
C. <i>Der kombinierte Vergleich</i>	233
Teil 8 Die ausgewählten prozessualen Fragen	235
A. <i>Die Streitverkündung trotz Abschlusses eines Haftungs- oder kombinierten Vergleichs</i>	235
B. <i>Das Schiedsverfahren</i>	235
I. Die Schiedsvereinbarungen in Haftungs- und in Deckungsverhältnissen	235
II. Die aktienrechtliche Zulässigkeit von Schiedsvereinbarungen über Organhaftungsansprüche	238
III. Die Auswirkungen einer Schiedsvereinbarung auf die Abwägungsentscheidung über Vergleichsabschlüsse	239
IV. Die Schiedsvereinbarung bezüglich Streitigkeiten im Zusammenhang mit Vergleichen	241
1. Das Problem	241
2. Das Formerfordernis nach § 1031 Abs. 5 ZPO	241
3. Die Reichweite einer Schiedsvereinbarung	242
4. Die Anwendung von § 93 Abs. 4 S. 3 AktG	242
C. <i>Die Auswirkungen eines Haftungs- oder kombinierten Vergleichs auf ein Klagezulassungsverfahren</i>	243
Teil 9 Die Zusammenfassung der Ergebnisse	245
A. <i>Der Abschluss von Vergleichsvereinbarungen</i>	245
B. <i>Der Zustimmungsbeschluss der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft</i> ..	247
C. <i>Die weiteren Vergleichsvoraussetzungen von § 93 Abs. 4 S. 3 AktG</i>	249

<i>D. Die Sorgfaltspflichten und die Haftung der Mitglieder des vergleichs-</i> <i>schließenden Organs einer Aktiengesellschaft</i>	<i>250</i>
<i>E. Die Mitwirkung der D&O-Versicherer</i>	<i>252</i>
<i>F. Die zivilrechtlichen Wirkungen von Vergleichen</i>	<i>254</i>
<i>G. Die ausgewählten prozessualen Fragen</i>	<i>255</i>
Abkürzungen	257
Literatur	261
Sachregister	297